

Die Gesamtfinanzierung von CPT wird im wesentlichen durch ein Konsortium von Mitgliedern der europäischen Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Hilfswerke in Brüssel (CIDSE) sichergestellt. Misereor ist mit etwa 40 Prozent beteiligt. Geht es nach dem Willen der Bischöflichen Kommission, dann sollen die CPT und deren Regionalstellen nicht mehr als Projektpartner von Misereor fungieren, sondern Misereor soll *der Brasilianischen Bischofskonferenz einen Fonds zur Verfügung stellen*, an den sich die Antragsteller aus dem CPT-Bereich dann wenden können.

Begründet wurde die Entscheidung mit dem Argument, Position und Tätigkeit der Antragsteller in diesem Bereich könnten aus der Ferne schwer eingeschätzt werden. Deswegen sei es besser, die Mittel an die Bischofskonferenz selbst zu vergeben. Man strebe damit mehr Selbstbestimmung an und erwarte davon mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Der Beschluß der Bischöflichen Kommission wurde mit einiger zeitlicher Verzögerung bekannt, erst nachdem im Februar eine große brasilianische Zeitung (Folha de São Paulo), früher, in Brasilien kolportierte Gerüchte aufgreifend, meldete, Misereor stelle die Finanzierung der CPT ein, und auch den Grund dafür kennen wollte: im CPT-Bereich seien aus ausländischen Geldern Waffen für die landlosen Bauern gekauft worden. Die Gerüchte konnten von Misereor sehr glaubwürdig dementiert werden, nachdem die „rechten“ Flügel Männer im brasilianischen Episkopat, Kardinal *Vicente Scherer* und Bischof *Bonaventura Kloppenburg*, auf die sich die Gerüchte stützen, erklärt hatten, sie hätten so etwas nie behauptet.

Dennoch gab es besorgte bis entsetzte Reaktionen in Brasilien bis hinein in die Bischofskonferenz und einige aggressive Kommentare – u. a. in „Publik-Forum“ – in der Bundesrepublik. Zuletzt beschäftigte sich sogar die Theologengruppe um die „Kölner Erklärung“ auf ihrem Treffen Ende April/Anfang Mai in Naurod bei Wiesbaden (vgl. ds. Heft, S. 288) mit dem Vorgang. Den Hintergrund all

der Stellungnahmen bildete die Vermutung, im Zusammenspiel von sozial unsensiblen Bischöfen hier und einem durch päpstliche Personalpolitik „konservativer“ werdenden brasilianischen Episkopat solle die kirchliche Arbeit zugunsten der armen Landbevölkerung stranguliert werden.

Dies zu behaupten wäre gewiß eine Unterstellung. Aber die Landpastoral in Brasilien ist ein hochsensibles Feld pastoralen und sozialen kirchlichen Einsatzes. Die Priester, Ordensleute, Sozialarbeiter und Juristen, die sich im Rahmen der Regionalstellen der CPT für die Campesinos einsetzen, haben es mit Gegnern zu tun, die nicht nur mächtig sind, sondern vor keiner Brutalität zurückschrecken. Tausende von Morden habe es allein in den letzten Jahren gegeben. In einem solchen radikalen Klima, so Weihbischof *Leo Schwarz* (Trier), früherer Geschäftsführer und jetziger Beiratsvorsitzender von Misereor, in einem KNA-Interview, sei es für Mitarbeiter der CPT nicht leicht, „Gelassenheit zu wahren“. Pauschalurteile über marxistische Infiltration und Aufreizung der armen Landbevölkerung verbieten sich deshalb von selbst – auch wenn sie von diesem oder jenem Bischof kommen.

Im Juni, aus Anlaß der *nächsten Sitzung der Bischöflichen Kommission*, werden Vertreter des brasilianischen Episkopats, darunter der Vorsitzende der CPT, nach Aachen kommen, um mit der deutschen Seite zu sprechen. Kurzfristig ändert sich an der Sachlage ohnehin nichts, da die Projektfinanzierungen bis 1992 weiterlaufen. Es sollte sich auch *in Absprache mit den anderen beteiligten Hilfswerken* ein Modus der Zusammenarbeit finden lassen, der jeden Anschein vermeidet, die deutsche Seite gebärde sich a. als Oberrichter und realisiere nicht die Problemlage, mit der es kirchliche Helfer angesichts der dortigen Machtverhältnisse zu tun haben. Eine gute und einvernehmliche, die Arbeit der CPT nicht schwächende Lösung müßte sich um so eher finden, als der brasilianische Episkopat gegenwärtig dabei ist, die Strukturen der CPT so zu ordnen, daß trotz Mitarbeit von

Nichtkatholiken derer kirchlicher Charakter klar bleibt.

Anstatt autorativ Änderungen im Verhältnis zu Projektträgern vorzunehmen, könnte die Bischofskonferenz überlegen, die Entscheidungsstrukturen des Hilfswerks so zu ordnen, daß Sachverstand und Entscheidungsbefugnis sachgerechter ineinandergreifen. Es geht nicht darum, daß die bischöfliche Kommission gegenwärtig nicht optimal besetzt ist, sondern um eine *dem Sachverstand förderlichere Kompetenzverteilung zwischen bischöflicher Kommission und dem Beirat* von Misereor (vgl. dazu das Interview mit Prälat *Norbert Herkenrath* in: HK, März 1989, 124). Warum sollte sich die Bischöfliche Kommission nicht auf die Festlegung resp. Kontrolle der Grundlinien beschränken und die projektbezogenen Entscheidungen dem Beirat überlassen? In ihm ist *naturgemäß* mehr entwicklungspolitischer Sachverstand versammelt. Dabei könnte es nicht schaden, wenn die wirklichen entwicklungspolitischen Experten unter den Bischöfen in der Kommission selbst säßen und im Beirat noch stärker das Laienelement zum Zuge käme. Misereor nennt sich zwar „Bischöfliches Hilfswerk“, aber es ist eine Leistung nicht der Bischöfe, sondern der deutschen Katholiken und, soweit Mittel über die Zentralstelle für Entwicklungshilfe in die Projektarbeit fließen, Leistung des bundesdeutschen Steuerzahlers. se

Sackgasse

Die Frauenordination und der katholische Ökumenismus

Von anglikanischer Seite wurde unlängst ein Briefwechsel zwischen Johannes Paul II. und dem Erzbischof von Canterbury, *Robert Runcie*, veröffentlicht, der sich mit den Ergebnissen der Lambeth-Konferenz der anglikanischen Bischöfe vom vergangenen Sommer (vgl. HK, September 1988, 407f.) und ihren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen katholischer Kirche und Anglikanischer Ge-

meinschaft befaßt. Darin ging es vor allem um die Frage der *Priester- bzw. Bischofsweihe für Frauen*. Auf der Lambeth-Konferenz war die Zulassung von Frauen zum anglikanischen Bischofsamt der wichtigste und heftigste Streitpunkt, nachdem die Bischöfe der Anglikanischen Gemeinschaft zehn Jahre vorher bei ihrem letzten Treffen ebenso intensiv über die Ordination von Frauen zum Priesteramt diskutiert hatten. Von katholischer Seite hatte es schon vor dem neuen Papstbrief mehrmals eindringliche Mahnungen an die Anglikaner gegeben, die Weihe von Frauen in einigen Provinzen der Anglikanischen Gemeinschaft bilde ein ernstes Hindernis für die Bemühungen um Kirchengemeinschaft zwischen Rom und Canterbury.

Auch in seinem jetzt veröffentlichten Schreiben vom 8. Dezember 1988 an Erzbischof Runcie äußert der Papst seine Besorgnis über die Entwicklungen auf der Lambeth-Konferenz, „die neue Hindernisse auf den Weg der Versöhnung zwischen Katholiken und Anglikanern gelegt zu haben scheinen“. Die Ordination von Frauen in einigen Provinzen der Anglikanischen Gemeinschaft und die Weihe von Frauen zu Bischöfen schienen den Weg zu einer gegenseitigen Anerkennung der Ämter zu blockieren. Die Katholische Kirche widersetze sich ebenso wie die Orthodoxe Kirche und die Altorientalischen Kirchen dieser Entwicklung und betrachte sie *als Bruch mit einer Tradition*, deren Veränderung sich der Kompetenz der Kirche entziehe. Die anglikanische Diskussion über die Frauenordination habe offensichtlich nicht genügend die ökumenische und ekklesiologische Dimension der Frage berücksichtigt.

Es wäre sicher falsch, die Probleme der *weiteren Entwicklung im anglikanisch-katholischen Verhältnis* nur an der Frauenordination festzumachen. Die Bemerkungen der Glaubenskongregation zum Dokument der zweiten anglikanisch-katholischen Dialogkommission über Kirche und Rechtfertigung (vgl. den Text des Dokuments, HK, Mai 1987, 225 ff.) haben gezeigt, daß man in Rom die Ergebnisse des offiziellen theologischen Ge-

sprächs zwischen den beiden Kirchen nicht als ausreichend betrachtet. Die *römische Antwort auf den Abschlußbericht der ersten Dialogphase* von 1982 steht immer noch aus. Die Anglikanischen Bischöfe haben bei der Lambeth-Konferenz den Schlußbericht zwar positiv bewertet, aber bei den Aussagen zur Autorität in der Kirche und damit zum Primat Vorbehalte geäußert. Bei den Gesprächen, die Erzbischof Runcie im Herbst im Vatikan mit Johannes Paul II. führen wird, dürfte es an Diskussionsstoff also nicht fehlen.

Die Frage der Frauenordination ist allerdings über den anglikanisch-katholischen Dialog hinaus von erheblicher ökumenischer Brisanz. Daß die Priesterweihe Männern vorbehalten ist, ist nach katholischem Verständnis zwar eine für die Kirche *feststehende Tradition, aber keine verbindlich definierte Glaubenswahrheit*. Wenn – wie jetzt wieder im Papstbrief an den Erzbischof von Canterbury – das Abgehen von dieser Tradition in einer anderen Kirche von katholischer Seite als unüberwindbares Hindernis für die gegenseitige Anerkennung der Ämter eingestuft wird, ist der Weg in die Sackgasse beim Bemühen um Kirchengemeinschaft vorprogrammiert. Wie soll es zu einer offiziellen, Kirchengemeinschaft ermöglichenden Verständigung in Punkten kommen, die zum verbindlich definierten katholischen Depositum gehören, wenn schon ein Traditionselement wie die Ablehnung der Frauenordination so hoch gewichtet wird? Im Dokument der lutherisch-katholischen Kommission „Das geistliche Amt in der Kirche“ (vgl. HK, November 1982, 554 ff.) hieß es hoffnungsvoll, der katholischen Kirche sei es möglich, einen Konsens über das Wesen des Amtes und seine Bedeutung zu erstreben, „ohne daß die unterschiedliche Auffassung hinsichtlich der zu ordinierenden Personen einen solchen Konsens und seine praktischen Konsequenzen für eine werdende Einheit der Kirche grundsätzlich in Frage stellen würde“. Nur wenn diese Position in der katholischen Kirche an Boden gewinnt, sind Fortschritte auf dem Weg zur angestrebten Kirchengemeinschaft möglich. ru

Rückschlag?

Die Ablösung des sowjetischen Religionsministers Chartschew

Bei den Millenniumsfeierlichkeiten der Russischen Orthodoxen Kirche im Juni letzten Jahres (vgl. HK, Juli 1988, 320 ff.) saß bei den Festveranstaltungen immer ein Nichtkleriker ganz vorn auf dem Podium zwischen den geistlichen Würdenträgern: Der Vorsitzende des Rates für die Angelegenheiten der Religionen beim Ministerrat der UdSSR, *Konstantin Chartschew*. Jetzt wurde bekannt, daß Chartschew, der aus dem diplomatischen Dienst stammt, von seinem Posten als Religionsminister abgelöst und zum sowjetischen Botschafter in einem afrikanischen Land ernannt wurde. Chartschew, der kurz vor dem Amtsantritt von *Michail Gorbatschow* als Generalsekretär der KPdSU den Vorsitz des Rates für die Angelegenheiten der Religionen übernahm, ist in den letzten beiden Jahren als engagierter Verfechter einer liberalen sowjetischen Religionspolitik hervorgetreten. Im September 1988 besuchte er mit einer Delegation von sowjetischen Kirchenvertretern den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, wo er auf die schon verwirklichten Erleichterungen für das kirchliche Leben verwies und eine umfassende Neuordnung durch das in Arbeit befindliche „Gesetz über Gewissensfreiheit“ in Aussicht stellte.

Der von Chartschews Behörde ausgearbeitete Entwurf eines neuen Religionsgesetzes ist inzwischen bekannt (vgl. HK, April 1988, 156 ff. und Mai 1988, 205 f.). Er sieht für die Kirchen und Religionsgemeinschaften mehr Freiraum vor als ein zweiter, von einem sowjetischen Staatsrechtler erstellter Entwurf. Es liegt deshalb nahe, die Ablösung Chartschews als Vorsitzender des Rates in Verbindung zu setzen mit den Verzögerungen bei der Fertigstellung des endgültigen Entwurfs: Als Ergebnis einer Sitzung der